Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ¼3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 177. Montag den 26. Juni 1882. 76. Jahrgang.

Bestellungen auf das dritte Quartal 1882 des

Leipziger Tageblattes

(Auflage 17,500)

wolle man möglichst bald an die unterzeichnete Expedition, Johannesgasse Nr. 33, gelangen lassen. Außerdem werden von sämmtlichen hiesigen **Zeitungsspediteuren** Bestellungen auf das Tageblatt angenommen und ausgeführt. Auswärtige Abonnenten müssen sich an das ihnen zunächst gelegene Postamt wenden.

Der Abonnementspreis beträgt
pro Quartal 4 Mark 50 Pfennige,
inclusive Bringerlohn 5 Mark,
durch die Post bezogen 6 Mark.

Für eine Extrabeilage sind **ohne** Postbeförderung 39 Mark, **mit** Postbeförderung 48 Mark Beilegegebühren unter Vorausbezahlung zu vergüten.

Preis der Insertionsgebühren für die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfennige, für Reclamen aus Petitschrift unter dem Redactionsstrich 50 Pfennige. Größere Schriften werden, gering abweichend von dieser Norm, nach unserm Preisverzeichniß berechnet, wogegen bei tabellarischem und Ziffer-Satz Berechnung nach höherem Tarif eintritt. Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

Das Tageblatt wird früh 6½ Uhr ausgegeben und enthält die bis zum vorhergehenden Abend eingelaufenen wichtigsten politischen und Börsen-Nachrichten in telegraphischen Original-Depeschen. Mit seiner „Volkswirthschaftlichen Beilage" bildet es zugleich das größte Handels- und Börsenblatt Sachsens. Es bringt namentlich auch sämmtliche wichtige deutsche und überseeische Handelsberichte. Außerdem erscheinen im Leipziger Tageblatt die vollständigen **Gewinnlisten** aller Classen der **Königlich Sächsischen Landes-Lotterie** und die Nummer-Verzeichnisse der ausgeloosten **Königlich Sächsischen Staatsschuldscheine.**

Leipzig, im Juni 1882.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
Kohlenlieferung betreffend.

Die Lieferung des Bedarfs an **Stein-** und **Braun**kohlen für das hiesige **Johannishospital** auf die Zeit vom 1. August 1882 bis 31. Juli 1883 und zwar von ungefähr
135,000 Kilogramm bester Nußsteinkohlen in Stücken,
400 Hektoliter bester böhmischer Knörpelkohlen und
1,900 Hektoliter bester böhmischer Patentbraunkohlen
soll an den Mindestfordernden, jedoch vorbehältlich der Auswahl unter den Licitanten, vergeben werden.

Die Lieferungsbedingungen liegen an Rathsstelle zur Einsichtnahme aus und sind die **Offerten** bis zum **7. Juli Mittags 12 Uhr bei der Nuntiatur ebendaselbst** mit der Aufschrift:

„Kohlenlieferung für das Johannishospital"

versiegelt einzureichen. Später eingehende Offerten können keine Berücksichtigung finden.

Leipzig, am 20. Juni 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lichorius.

Vermiethung in der Fleischhalle am Hospitalplatz.

In obiger Fleischhalle sollen die mietbfreien **Abtheilungen Nr. 8, 28** und **31 sofort** gegen **einmonatliche Kündigung** anderweit **vermiethet** werden.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen, auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen eingesehen werden.

Leipzig, den 22. Juni 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Steuer-Zuschlag zur Deckung des Aufwandes der Handelskammer.

Die Handelskammer hat beschlossen, zur Deckung ihres Verwaltungs-Aufwandes, einschließlich des Aufwandes der Börse, von ihren Wahlberechtigten, d. i. von denjenigen Kaufleuten und Fabrikanten in Leipzig und im Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig, welche in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters (Einkommen aus Handel, Gewerbe u. s. w.) mit mindestens 1900 ℳ eingeschätzt sind, für das laufende Jahr einen **Steuerzuschlag von 4 Pfennig auf jede Mark** desjenigen Steuersatzes, welcher nach der in §. 12 des Einkommensteuergesetzes enthaltenen Scala auf das in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters eingestellte Einkommen jedes Beitragspflichtigen entfallen würde, mit dem auf den **15. Juli d. J.** anstehenden Hebetermin erheben zu lassen, und es wird dieser Zuschlag hiermit ausgeschrieben.

Leipzig, den 10. Juni 1882.

Der Vorsitzende der Handelskammer.
Dr. Wachsmuth. Dr. Gensel, S.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 26. Juni 1882.

Unter dem Vorsitze des Staatsministers von Böttricher wurde am 23. Juni d. J. eine Plenarsitzung des Bundesraths abgehalten. In derselben wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen: der von den Abgeordneten Schmidt (Elberfeld), Richter (Hagen), Buddeberg und Genossen vorgelegte, von dem Reichstage in der Sitzung vom 9. Juni angenommene Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879, der Entwurf eines Regulativs, betreffend die Gewährung einer Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlenfabrikaten, sowie eine Eingabe betreffend Doppelbesteuerung im Königreich Sachsen. Von der Zustimmung des Reichstags zu dem Entwurfe eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Voranschlag für 1882/83 erhielt die Versammlung Mittheilung. Zwei auf Rückerstattung von Zoll für Holzpappe gerichtete Gesuche wurden zurückgewiesen, ein auf Erstattung von Zoll für Jutegarn gerichteter Antrag wurde für begründet erachtet. Schließlich trat die Versammlung in die Berathung über einen Ausschußantrag, betreffend die Aufnahme verschiedener Gewerbebetriebsarten in das Verzeichniß der nach §. 16 der Gewerbeordnung genehmigungspflichtigen Anlagen ein; die Beschlußfassung hierüber wurde ausgesetzt.

Der Versuch der Bismarck'schen „Nordd. Allg. Ztg.", das Vorhandensein einer großartigen Mehrheit im Reichstag gegen eine höhere Tabaksbesteuerung abzuleugnen, muß naturgemäß den Besürchtungen und Gerüchten Vorschub leisten, wenach aus den Steuerplänen des Reichskanzlers auch jetzt der Tabak noch nicht verschwunden wäre. In allen liberalen Kreisen wird man von der Aussicht, daß auch jetzt die Beunruhigung der Tabakindustrie noch nicht aufhören soll, sehr peinlich berührt sein, weil man den aufrichtigen Wunsch hat, diesen abgehetzten Erwerbszweig endlich zur Ruhe kommen zu lassen. Das Jesuitenblatt „Germania" bemüht sich jetzt, den officiösen Mißdeutungen, welche aus der geringen Mehrheit für den Bennigsen'schen Antrag gegen weitere Tabaksbesteuerung gezogen werden, entgegenzutreten, indem es ganz richtig nachweist, daß mit dem sachlichen Inhalt jenes Antrags auch das ganze Centrum einverstanden und sonach im Reichstag eine übergroße Mehrheit gegen jede neue Tabaksbesteuerung vorhanden ist. Es wäre freilich besser gewesen, das Centrum hätte diesen Mißdeutungen dadurch vorgebeugt, daß es seine Partei-Eifersüchteleei überwunden und sich enthalten hätte, gegen einen Antrag zu stimmen, mit dem es sachlich einverstanden war. Schöpft die Regierung wirklich aus der durch Zufall entstandenen geringen Mehrheit von 155 gegen 150 Stimmen die Hoffnung, für eine anderweite Tabaksteuer doch noch eine Mehrheit zu finden, und nimmt sie diesen verhängnißvollen Plan wieder auf, so ist Dies lediglich der überfeinen Taktik des Herrn Windthorst zu danken, welche selbst von ultramontanen Blättern, wie der Bonner „Deutschen Reichszeitung", bereits als „Waschlappenpolitik und Verschwommenheit" bezeichnet wird. Wenn der Reichskanzler durch die Erfahrungen, die er bisher mit dem Tabak gemacht, noch nicht abgeschreckt ist, sondern einen neuen Tabakfeldzug eröffnen will, so mag die „Kreuzzeitung" darin recht haben, daß Das den Liberalen nicht schaden wird.

Immer mehr drängt sich im conservativen Lager die äußerste Richtung vor und entzieht der gemäßigteren, freiconservativen Partei den Boden. Die alten Führer, welche einst der conservativen Politik eine solche Deutung und einen solchen Inhalt gaben, daß eine Verständigung mit dem Liberalismus möglich war, sind vom Schauplatz zurückgetreten oder haben ihren Einfluß verloren. Dafür geben Heißsperne von zweifelhafter Befähigung und blindem Haß gegen alle liberalen Bestrebungen den Ton an. In dem äußerst reactionairen „Reichsboten" kann man Tag für Tag den Satz lesen, die freiconservative Partei der Mäßigung und Halbheit sei eine höchst verwerfliche Zwitter- und Mißbildung, wo möglich noch schädlicher als der offene Liberalismus. Feiner im Ausdruck, der Sache nach aber übereinstimmend, spricht auch die „Kreuzztg." der freiconservativen Partei in der jetzigen Zeit jede Berechtigung ab und meint, dieselbe würde der conservativen Sache einen größeren Dienst thun, wenn sie, entsprechend den in ihrer Mitte klar hervorgetretenen Gegensätzen, sich nach rechts und links abgliederte. Das offene und feste Bündniß mit dem Ultramontanismus auf allen Gebieten des Staatslebens ist für diese Politiker das erstrebenswertheste Ziel. Es ist der von rechts herüber tönende Widerhall des Lärms, den der vorgeschrittenste Liberalismus gegen die gemäßigtere Vertretung der liberalen Sache macht. Ernste Besorgnisse kann diese Fortbildung der Conservativen zu einer mit den Ultramontanen Hand in Hand gehenden Partei der grundsätzlichen und rücksichtslosen Reaction nicht einflößen. Es ist nicht das erste Mal, daß er an der Uebertreibung und Ueberspannung seiner Bestrebungen zu Grund gegangen ist, und je schroffer der rückwärtstreibende Radicalismus auftritt, um so rascher wird er abgewirthschaftet haben.

Zu dem am 2. Juli in Köln stattfindenden nationalliberalen Parteitag der Provinzen Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau sind die Anmeldungen von Abgeordneten und Vertrauensmännern in überaus großer Zahl eingetroffen. Die Versammlung verspricht ihrer Aufgabe, die Parteigenossen der westlichen Provinzen zur Besprechung der wichtigsten Fragen, zur gegenseitigen Anregung und Verständigung über die in der Wahlbewegung einzunehmende Haltung zu vereinigen, in vollem Umfang gerecht zu werden. Derartige, auf eine oder mehrere benachbarte Provinzen sich erstreckende und allen einzelnen Vereinen Ziel und Richtung gebende Zusammenkünfte hervorragender Parteigenossen sind eine der wichtigsten Veranstaltungen, die in der Wahlbewegung überhaupt getroffen werden können, und es möchte den Parteigenossen in allen Theilen des Reiches die Erwägung anheim gegeben werden, ob es sich nicht empfehlen würde, dem in Köln und Hannover gegebenen Beispiel bald zu folgen.

Freiherr von Riethammer, langjähriger erster Schriftführer der Kammer der Reichsräthe Baierns, ist am 24. Juni in München gestorben.

In Wien ist der aus Sachsen zugereiste Siegelmarken-Fabrikant Rudolf Kunze wegen Verfertigung und Verkaufs antisemitischer Marken verhaftet worden. Kunze hatte in den jüngsten Tagen über 12,000 Stück verkauft, die alsdann von Unbekannten an den Häusern, an Bäumen der öffentlichen Gärten, an Kaffeetassen, Biergläsern und anderen Gegenständen angeklebt wurden. Bei Kunze ist auch ein Brief des bekannten antisemitischen Reichsrathsabgeordneten v. Schönerer gefunden worden. Das Schreiben enthält eine Bestellung auf 50,000 Stück antisemitischer Siegelmarken, deren Zeichnung Kunze Herrn v. Schönerer vorlegen sollte. Was die Wahl der Zeichnungen betrifft, so heißt es in dem Briefe wörtlich: „Je grauslicher, desto besser." — Während Dies in Wien vorgeht, kommen aus Pest und verschiedenen Gegenden Ungarns eine Reihe Nachrichten, welche geradezu von dem bevorstehenden Ausbruche einer allgemeinen Judenverfolgung in Ungarn sprechen. Und doch haben die Juden in Ungarn, weit mehr als ihre Stammgenossen in anderen Ländern, ihre weltbürgerliche Richtung verlassen und dafür dem Magyarenthume sich angeschlossen. Das gilt zumal von dem jüngeren Nachwuchs der ungarischen Juden, der sich vollständig magyarisirt hat.

In ganz England scheint man jetzt fenische Putschversuche zu fürchten. In fast sämmtlichen Garnisonstädten, sowie in den Marinearsenalen werden die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln zum Schutz der Kasernen, Waffen- und Pulver-Niederlagen, sowie aller öffentlichen Gebäude getroffen. Die Militär-Kasernen in London sind unter besonders scharfe Bewachung gestellt worden. Die Schildwachen sind verdoppelt worden, und starke Abtheilungen sind Tag und Nacht in den Kasernen bereit, um nöthigenfalls alle Eingänge sofort zu besetzen. Für die Sicherheit des Pulvermagazins im Hyde-Park sind ebenfalls außergewöhnliche Vorsichtsmaßregeln ergriffen worden. In den Londoner Gefängnissen sind die Polizeiwachen wesentlich verstärkt worden, um irgend einen Fenierversuch, die Gebäude in die Luft zu sprengen oder die Gefangenen zu befreien, zu verhindern.

Bekanntlich hat England in der Frage der Ausweisung fremder Verbrecher stets eine sehr scharf ablehnende Haltung eingenommen, die es verursachte, daß die den anderen Staaten verfachten Vereinbarungen über diese Frage erfolglos geblieben sind. Gegenwärtig hat die britische Regierung sich genöthigt gesehen, ihren Standpunct in gewissem Sinne zu ändern und eine Beschränkung des Asylrechtes eintreten zu lassen, falls durch Mißbrauch desselben der Landfriede gestört wird. Das Unterhaus stimmte diesem Beschlusse bei und nahm einen bezüglichen Gesetzentwurf an, welcher die Regierung ermächtigt, den Landfrieden gefährdende Ausländer aus Irland und Großbritannien auszuweisen. Vielleicht hat diese Neuerung zur Folge, daß auch die internationale Regelung der Asylfrage später gelingt.

Englands Hauptsorge richtet sich gegenwärtig auf den Suezcanal, über den es die Oberherrschaft zu erlangen trachtet. Jedes Cabinet, welches in diesem Punct Etwas versteht, kann seines Sturzes gewiß sein. Ueber allen Rücksichten stehen dem Briten ohne Ansehung der Parteistellung die des Handels. Sollte die nationale Partei in Egypten die Hand auf diese Wasserstraße legen, so würde sich England Dies zu verhindern genöthigt sehen. Arabi hat seinerseits gedroht, er werde nöthigenfalls den Suezcanal mit Torpedos zu sperren entschlossen sein oder ihn auch ganz zerstören, wenn etwa die Westmächte ihn in ihren Besitz zu bringen versuchen sollten. England soll in diesem Falle sofortige kriegerische Thätigkeit beschlossen haben. Uebrigens hat Gladstone auf eine betreffende Anfrage im Unterhause erklärt, daß der Suezcanal nicht zu den Berathungsgegenständen der Conferenz zähle.

Der Londoner „Daily Telegraph" erwähnt Gerüchte, nach welchen England in Malta und Gibraltar Vorbereitungen treffe, 8000 Mann Truppen für Egypten zusammenzuziehen. Evelyn Wood sei zum Befehlshaber ernannt. — Der Admiral der englischen Flotte, Seymour, hat einen Plan zur Truppenlandung und Beschützung der Europäer in Egypten ausgearbeitet. — Arabi Pascha erklärte dem „Standard"-Correspondenten, er schreibe das Uebel der Krisis Malet, Colvin und den englischen Correspondenten zu. England bekäme mit den Egyptern einen schwereren Stand als mit den Afghanen, Zulus oder Ashantis. England verkenne die Gefahr, welche es laufe, wenn es die Rechte und die Freiheit der Egypter antaste. Er sei entschlossen, bis in den Tod jedem Einmischungsversuch zu widerstehen und erachte keine Regelung für befriedigend, bis die Flotten Englands und Frankreichs zurückgezogen seien. — Die Auswanderung aus Alexandrien dauert fort. 1500 Franzosen sind mit dem Transportschiff „Sarthe" abgereist.

Das den französischen Kammern vorgelegte Gelbbuch umfaßt den Zeitraum vom 15. November v. J. bis zum 11. März d. J. und enthält die Zuschriften Gambetta's an den Botschafter Frankreichs in London, in welchen die Herstellung eines englisch-französischen Einvernehmens zur Begegnung von Ereignissen in Egypten beantragt wird. Der englische Botschafter, Lord Lyons, theilte Gambetta am 6. Januar mit, daß England der Note Gambetta's vom 30. December betreffs der den französischen und englischen Agenten in Egypten zuzusendenden Anweisungen zustimme, machte zugleich aber den Vorbehalt, daß das Vorgehen der englischen Regierung nicht als ein solches betrachtet werden dürfe, durch welches sich dieselbe zu einer bestimmten Art von Thätigkeit verpflichte, wenn eine solche für nothwendig erachtet werden sollte. Gambetta schrieb unterm 13. Januar an den Botschafter Challemel-Lacour, Lord Lyons habe verlangt, daß eine zweite Note nach Kairo abgesendet werde, welche die erste abgesendete Note näher erläutere. Er sei gegen dieses Anverlangen, lege aber den größten Werth darauf, daß zwischen Frankreich und England weder in Paris noch in Kairo irgend eine Mißhelligkeit entstehe. Unterm 16. Januar theilte der Botschafter Challemel-Lacour mit, daß Lord Granville das größte Gewicht darauf lege, daß das Einvernehmen zwischen Frankreich und England nicht blos ein wirkliches, sondern auch ein offenkundiges sei. Am 17. Januar fand Challemel-Lacour die Pläne Lord Granville's trotz der vorstehenden Erklärung nicht durchaus befriedigend. Lord Granville war der Ansicht, daß eine Gesammt-Erklärung nur als eine höchst unschuldige Maßregel angesehen werden könne, auch habe Lord Granville niemals daran gedacht, daß die von Gambetta vorgeschlagene Note irgend welchen Nutzen bringen könne, er habe nur Zeugniß ablegen wollen von dem Wunsche Englands, im Einvernehmen mit Frankreich vorzugehen. Eine Depesche Freycinet's an Challemel-Lacour vom 3. Februar theilt eine Unterredung Freycinet's mit Lord Lyons mit, welcher die Ansicht Challemel-Lacour's über die Tragweite der Zustimmung Lord Granville's zu der gleichlautenden Zuschrift bestätigte. Lord Lyons erklärte, Lord Granville habe England ausdrücklich vorbehalten wollen, ob und wie es vorzugehen für gut befinde, die englische Regierung wolle sich nicht zum Voraus zu irgend einer bestimmten Thätigkeit verpflichten. Bei der Unterredung sei ein Einvernehmen über die 3 Puncte erzielt, daß Frankreich und England die Zustimmung zu jedem weiteren thatsächlichen Vorgehen sich vorbehalten, daß sie von der Anwendung von Zwangsmaßregeln absehen und daß sie gegen die Absendung türkischer Truppen sind.

Die Petersburger „Rewosti" wollen wissen, das russische Marineministerium habe beschlossen, in Petersburg und Kronstadt 30 Kanonenboote zu bauen, die Kosten würden auf 7 Millionen Rubel veranschlagt.

Vor mehreren Tagen trafen mehrere höhere Officiere des Ingenieur-Corps aus St. Petersburg in Warschau ein und schon fand eine genaue Besichtigung der Umgebung Warschaus zum Zwecke der Errichtung eines großen Systems von Schanzen und Festungswerken statt, an deren Ausführung sofort geschritten werden soll. Zur Befestigung Warschaus und zur Anlegung von Schanzen längs des Niemen und Pripetz sind mehrere Millionen Rubel angewiesen worden. In Pinsk werden soeben sehr umfangreiche Vorrathshäuser für Militairzwecke angelegt und die Festung Bobrisk scheint zu einer Haupt-Niederlage für Waffen ausersehen zu sein.

Die massenhafte Auswanderung der Bauern aus den russischen Centralgouvernements nach dem Kaukasus, dem Gebiete der donischen Kosaken, nach Westsibirien und dem Amurgebiete nimmt immer größeren Umfang an. Die Leute werden durch die äußerste Noth getrieben, ihre bisherige Heimath zu verlassen.

Die Conferenz in Konstantinopel hat der Pforte amtlich angezeigt, daß sie am 23. Juni zusammengetreten sei. Den Vorsitz führte der italienische Botschafter Corti, ein Secretär ist bis jetzt noch nicht ernannt. Ueber die Verhandlungen der Conferenz haben sich die Mitglieder zu unbedingtem Stillschweigen verpflichtet. Die nächste Sitzung der Conferenz dürfte erst nach dem Eintreffen weiterer Anweisungen für die Botschafter stattfinden.

Japans neueste Cultur-Bestrebungen.
II.

Unsere europäische Bildung ist das Erzeugniß einer vielhundertjährigen Entwickelung durch Arbeit und Kämpfe ohne Ende auf dem gesunden, sittlichen Boden des Christenthums. In Japan aber wollte man diese Errungenschaften des christlichen Abendlandes ohne Weiteres und ohne die Grundlage zu verstehen und anzunehmen, sich zu eigen machen. Jung-Japan war der Ansicht, es gebe keinen besseren Weg, das Ziel zu erreichen, als wenn es gewissermaßen aus der Vogelschau sich Europa und Amerika beschauen und dann den Raum abschätzen würde, wo es ihn finde. Leider gab es genug Rathgeber, die, um ihre Taschen zu füllen, diese Täuschung unterstützten.

Der erste Anstoß zu den neuen japanischen Culturbestrebungen ging aus der inneren Nothwendigkeit hervor, aus dem Gefühle des Zurückgebliebenseins in der Bewaffnung und den Verkehrsmitteln. Kanonen und Hinterlader, Dampfschiffe und Leuchtthürme, Eisenbahnen und Telegraphen waren die begehrenswerthen Dinge, wegen deren man mit Europäern zunächst in nähere Beziehung trat. Die Armee wurde neu gestaltet, eine Flotte gegründet, und unter Leitung des englischen Ingenieurs Brunton die Küste mit einer Reihe von Leuchtthürmen versehen, besser als manches europäische Gestade. Eine einheimische Dampfschiffahrtsgesellschaft ordnete, unterstützt von der Regierung, den Küstenverkehr und nahm ihn, wie die Postverbindung mit Shanghai, den Fremden ab. Das Telegraphennetz, welches gleich den Eisenbahnen Engländer anlegten, verbindet Tokio mit allen größeren Städten des Landes. Von Nagasaki, beziehungsweise Shimonoseki, führen unterseeische Verbindungen nach Shanghai und Wladiwostok, so daß die Hauptstadt Japans mit allen größeren Orten der gebildeten Welt telegraphisch verkehren kann. Nicht minder gut geregelt ist der Postdienst. Zu der Eisenbahn von Tokio nach Yokohama kam zwei Jahre später eine zweite von Hiogo nach Osaka, welche jetzt weiter bis Kioto und Otsu am Biwasee führt und in nicht langer Zeit der Ostseite dieses Sees entlang nach Tsuruga gehen wird.

Der Entwicklung eines guten Straßennetzes und der Einführung von Post- und Lastwagen für den Binnenverkehr hat man dagegen bisher nicht die Aufmerksamkeit zugewendet, deren sie zum Besten des Verkehrs im Innern bedürfen. Die alten japanischen Landstraßen waren und sind keine Kunststraßen wie bei uns. Macadamisirte Straßen kommen auf denselben gar nicht, gepflasterte nur ausnahmsweise vor. Der

SLUB
Wir führen Wissen.